

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für sechs Monate 18.- M., im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung des Verlags für Deutschland und Österreich 18.- M., für den übrigen Ausland 24,50 M., zuzüglich Porto und Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 26.- M., für den übrigen Ausland 30.- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Breite Straße 26b.

Die achtgeleitete Konversationsrate über deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufpreis Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Ursachen und Lehren des blutigen Osterspiels

Von Paul Lange

Der nachfolgende Aufsatz war bereits vor dem Erscheinen des Heftes von Paul Lange: "Mein Kampf" - über den "Vollschiffen" geschrieben. Er ist die Vorlesung von Paul Lange über den Osterspielen des K. R. V. D., damit er eine geistige Erneuerung seiner Partei meint, andererseits, so wie die geradezu blutige Erklärung nach dem Osterspiel, die jetzt Otto Brau, Ernst Thälmer, Kurt Geper, Ulrich Hoffmann, Heinz Jentsch, Paul Seidel, Heinrich Schulze und Paul Krumann erhalten haben. Sie zeigen die geradezu unerschütterliche Behauptung der Obergewalt wider alle die den Grundgedanken der dritten Internationalen. In Wirklichkeit liegt die Tragik der K. R. V. D. doch eben darin, daß sie ohne eigene Bekennung einfach ausgeführt hat, was Moskau befohlen hat. Und Thälmer, was die K. R. V. D. veranlassen, hinterher die Verantwortung für das abzugeben, was zu Obergewalt geschehen ist. Dieser Versuch ist belohnt ein nach größerem Vertrauen, als der bisherigen Obergewalt selbst. Denn er hat den Erfolg haben, die Partei an der Obergewalt zu hindern, was ist. Eine diese Obergewalt aber ist kein politisch-geistiger Fortschritt in der Arbeiterbewegung möglich.

**I.**  
Der Spartakusbund, d. h. die Gruppe um Liebknecht, Mehring, Rosa Luxemburg und deren intimsten Freunde Leo Jogisches, unterschied sich seit seiner während des Krieges erfolglichen Gründung in taktischen Fragen wesentlich von den Leninisten. Ich gebrauche diese damals übliche Bezeichnung Leninisten, weil manche von den heutigen namhaften russischen Bolschewisten, wie Trotzki, sich erst später dieser Partei angeschlossen haben.

Die Leninisten, die bis zum Kriegsende in der in Bremen erscheinenden "Arbeiterpolitik" ein deutsches Sprachrohr hatten, drängten in den ersten Kriegsjahren auf eine organisatorische Spaltung der damaligen alten Sozialdemokratie. Rosa Luxemburg wendete sich dagegen; sie spottete noch im Duisburger "Kampf" vom 6. Januar 1917 über das "Gegäng um die Frage der Spaltung oder Einigkeit der deutschen Sozialdemokratie", und nannte es eine "unreife Phantasie", die Massen von den sozialpatriotischen Anschauungen durch einen formellen Austritt aus einer Partei befreien zu wollen. Nach ihrer Ansicht war das Wegwerfen des Mitgliedsbuches als Befreiungssignale nur die auf den Kopf gestellte Verhimmelung des Mitgliedsbuches als Machtinstrument, beides nur die verschiedenen Pole des Organisationsfetters, dieser alten konstitutionellen Krankheit der deutschen Sozialdemokratie.

Als trotzdem zu Anfang des Jahres 1917 die organisatorische Trennung von der alten Sozialdemokratie erfolgte und die Frage war, ob die Richtung Luxemburg-Mehring (Spartakusbund) mit der Richtung Haase-Ledebour (später Unabhängige Sozialdemokratie genannt) eine gemeinsame, oder jede für sich eine neue Partei bilden sollte, schrieb Rosa Luxemburg unterm 31. März 1917 des "Kampf" (der bald darauf verboten wurde, wozu man einen Artikel von Franz Mehring über Fritz Adler-Wien zum Anlaß nahm): Die Richtung Spartakusbund stellt der Unabhängigen Sozialdemokratie

„nicht ein anderes Programm und eine in ihren Grundlagen ganz verschiedene Taktik entgegen, die jederzeit und als ständige Einrichtung die Basis für eine gelobte Parteireinigung abgeben können, sondern sie ist nur eine andere historische Tendenz der Gesamtbewegung des Proletariats, aus der sich allerdings ein verschiedenes Verhalten fast in allen Fragen der Taktik und der Organisation ergibt, die Meinung jedoch, daß daraus die Reinheit oder auch nur die objektive Möglichkeit folgt, die Arbeiter heute in verschiedene, sorgfältig getrennte Parteien, entsprechend den beiden Richtungen der Opposition (Entwässerung des Verfassers: Spartakusbund und Unabhängige Sozialdemokratie, die formell noch die Opposition der alten Sozialdemokratie bilden) einzuspalten, beruht auf einer konventionellen Auffassung der Partei.“

Sie fügte von ihrem Standpunkte aus hinzu, die Unabhängigen und die Spartakusleute seien „zusammengehörige Erbsünde der deutschen, wie der internationalen Sozialdemokratie“, wobei die ersteren der bisherigen Praxis und die letzteren den theoretischen Zukunftsaufgaben der alten Sozialdemokratie entsprächen, und fuhr fort:

„Daher der schroffe Gegensatz der beiden Richtungen, der zugleich den inneren tragischen Konflikt und das eigentliche politische Problem der heutigen Bewegung des Proletariats im ganzen darstellt. Dieses Problem und dieser Konflikt können aber nicht in der mechanischen Weise einer zeitlichen Scheidung, sie können nur durch systematischen politischen Kampf, durch offene und ständige Auseinandersetzung der beiden Richtungen innerhalb derselben Bewegung und Partei ausgetragen und schließlich durch die Einwirkung objektiver historischer Bedingungen entschieden werden.“

**II.**  
Diese Auffassungen des Spartakusbundes wurden dauernd von der "Arbeiterpolitik" bekämpft, die im Mai 1917 ausdrücklich zur Gründung einer neuen Partei aufforderte. Daran wurde zunächst nichts. Im Juli 1918 drohte die "Arbeiterpolitik", es liege ihr fern, "Mehring und seine Freunde in irgend einer Weise zu drängen, aus der Haasepartei auszutreten", aber die Kommunistische Partei Deutschlands werde mit ihnen oder ohne sie gegründet werden. In

#### Das neue deutsche Angebot

EM. Paris, 19. April.

"Journal" will aus zuverlässiger Quelle in Berlin erfahren haben, daß die deutsche Regierung folgendes Angebot machen wird:

1. Die Zahlung einer Entschädigungssumme in der Höhe, wie Simons sie in London am 7. März anbot, nämlich: die fünf ersten Annuitäten gemäß dem Pariser Abkommen zweimal zwei und dreimal drei Milliarden zuzüglich wechselnder Jahreszahlungen, die einer zwölfpromzentigen Steuer gleichkämen. Für die auf diese fünf Jahreszahlungen folgenden Annuitäten ist eine geringere Summe vorgesehen, als sie in Paris bestimmt wurde. Die Sachverständigen sollen die Grundlage für die wechselnden jährlichen Beträge festlegen.
2. Die deutsche Regierung will einen Plan zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete unter Teilnahme deutscher Arbeitskräfte ausarbeiten und die Lieferung von Rohmaterialien und Fertigwaren hierzu vorschlagen.
3. Eine Beteiligung der Alliierten an dem Gewinn der deutschen Industrie bis zum Höchstmaß von 30 Prozent.
4. Die deutsche Regierung wird die alliierten Schulden bei Amerika auf ihre Rechnung übernehmen.

Das Blatt meldet weiter aus Wien, daß Sinnes aus Wien zurückgerufen worden sei, um sein Urteil über die neuen deutschen Vorschläge abzugeben.

Wie die Blätter melden, hat die deutsche Regierung nach den letzten, in Pariser politischen Kreisen eingetroffenen Informationen darauf verzichtet, einen Vermittler zwischen Berlin und den alliierten Regierungen zu suchen. Weber in Bern, noch in Prag oder Washington werde ein solcher Versuch gemacht.

Die neuen deutschen Vorschläge werden vermutlich am Donnerstag den alliierten Regierungen entweder direkt oder aber auf dem Umwege über die Reparationskommission mitgeteilt werden. Diese legt ihre Berechnungen über den Gesamtbetrag der deutschen Schuld fest, um Deutschland am 1. Mai die endgültige Summe vorlegen zu können. Die französischen Sachverständigen prüfen weiter die im Koffal anzuwendenden militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen. "Echo de Paris" meldet, daß der von der Entente neuzubehaltende Teil des

Ruhrgebiets ein Streifen von 65 Kilometer Breite und 25 Kilometer Länge haben werde.

"Matin" erklärte, daß die neuen deutschen Vorschläge von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale inspiriert seien. Hierauf erwidert "Peuple" heute, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nicht der Bundesgenosse irgendeines Landes sei, im übrigen seien die Amsterdamer Beschlüsse sogar von den französischen Delegierten ausgegangen.

#### Die Bereitwilligkeit der Entente zu Konzessionen

UL. Paris, 19. April.

Es gewinnt den Anschein, als ob die Alliierten bereit wären, Deutschland irgendwelche Konzessionen zu machen. Als erstes Anzeichen hierfür gilt die Neigung, den 1. Mai als Zahlungstermin vorerst vertreiben zu lassen, um Deutschland Gelegenheit zu geben, seine Vorschläge zur Erörterung zu stellen. Allerdings befürchtet man, daß diese Besprechungen ein zweifelhaftes Feld diplomatischer Manöver abgeben könnten, weshalb man in jedem Falle, um eine endlose Verschleppung zu vermeiden, nur die Festlegung Deutschlands auf eine grundsätzliche Zahlungsbereitschaft zu erzielen wünscht. Wie dem Vertreter des United Telegraph berichtet wird, neigen besonnene Faktoren unter den Alliierten zu der Ansicht, daß die sofortige Fixierung der Zahlungsmittel und -modalitäten unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht recht angängig sei. Was die Beteiligung Frankreichs an deutschen Industriegewinnen angeht, so glaubt man nicht an allzu große Gewinnchancen. Auch die Übertragung der Verbindlichkeiten der Alliierten auf Deutschland begegnet ersten Bedenken, selbst für den Fall, daß die Bereinigten Staaten diesem Plane zustimmen sollten. Es sei zwar nicht leicht, von vornherein alle Möglichkeiten in Rechnung zu stellen, doch sei zu erwarten, daß das Interesse Amerikas an der Entwicklung der deutschen Industrie, das Deutschland bei seinem Plane voraussetze, ganz irrigen Hoffnungen entspringe. Es sei sogar aller Grund vorhanden, mit einem Fehlschlag der deutschen Erwartungen zu rechnen.

zwischen waren nämlich die in Rußland zur Staatsmacht gelangten Bolschewisten auch in Deutschland in dreifacher Hinsicht eine Macht geworden. Erstens: Die feindliche Haltung der deutschen Imperialisten und der sonstigen kapitalistischen Staaten gegen Sowjetrußland sicherten den Bolschewisten die Sympathien vieler deutscher Arbeiter. Zweitens: Die Bolschewisten sahen in der politischen Macht — also schien ihre Taktik richtiger zu sein, als die der revolutionären Parteien anderer Länder. Denn auch in der Arbeiterschaft sind viele, die nur den Erfolg andeuten (selbst wenn es bloß ein scheinbarer Erfolg ist). Wie seinerzeit die Anhänger Ludendorffs ihren Herrn und Meister anbeteten, weil er von "Sieg zu Sieg" geeilt war, so huldigte mancher Arbeiter dem Erfolge der Bolschewisten, zumeist ohne sich über die Unterschiede zwischen russischen und deutschen Verhältnissen irgendwelche Gedanken zu machen. Drittens: In die für sie so günstige Stimmung hinein warfen die Russen eine Masse Literatur, die in klug berechnender Weise nirgends ausdrücklich erkennen ließ, wie sehr deren Inhalt von den Auffassungen Jogisches, Luxemburgs, Mehrings usw. abwich.

Die Kommunistische Partei Deutschlands wäre mit oder ohne den Spartakusbund gegründet worden; der Spartakusbund entschied sich Ende Dezember 1918 nach der damaligen politischen Situation für das erstere, in der Hoffnung, der neuen Partei sei in Gespräche aufzudecken zu können. Der Gründungsparteitag war allerdings ein böses Omen, denn Rosa Luxemburg blieb in wichtigen taktischen Fragen (Beteiligung am Parlament usw.) in der Minderheit. Das blutige Osterspiel 1921 hat endgültig und für alle zweifellos gezeigt, daß jene Hoffnung des Spartakusbundes, die neue Partei geistig führen zu können, nicht in Erfüllung gegangen ist.

Als sich der Spartakusbund zum Jahreswechsel 1918/19 von der U. S. P. loslöste und sich unter dem Namen: "Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)" mit den deutschen Leninisten vereinigte, hatten Rosa Luxemburg und Leo Jogisches kurz vorher ein Programm entworfen, das dem Gründungsparteitag vorgelegt worden ist. Darin hieß es: der Spartakusbund lehne es zur Zeit ab, die politische Macht zu übernehmen, und weiter: "Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen, als durch den klaren unabweisenden Willen der großen Mehrheit der proletarischen Klasse in Deutschland; nie anders, als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes." An anderer Stelle des Programms wurde gesagt, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung könne nicht durch irgendeine Behörde, Kommission oder Parlament, sondern nur durch die

große Mehrheit der Arbeitenden selbst geschehen, als ein von der proletarischen Massenaktion getragener Prozeß, durch unmittelbaren Druck der Massen, durch Streiks, durch Schaffung selbständiger Vertretungsorgane. Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Leibern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortlichkeitsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin alles gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antriebe, Disziplin ohne Zwang, und Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, strengste Selbstdisziplin, wahrer Bürgerstolz der Massen, sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage." Die proletarische Revolution sei kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes."

Die politischen Richtlinien, die hier Rosa Luxemburg gegeben hatte, wichen wesentlich von denen der Bolschewisten ab. Für Rosa Luxemburg handelte es sich darum, die Massen mit ihrem Geiste zu durchdringen, um dann mit ihnen zu herrschen. Nicht aber meinte sie, eine kleine Partei müsse sich bei der ersten sich bietenden Gelegenheit durch eine gewaltsame Aktion in den Besitz der Staatsmacht setzen und so die Masse beherrschen. Den Bolschewisten ist dieser Weg, die Arbeiterköpfe aufzubellen, zu unumwunden. Ihre Taktik ist vielmehr darauf gerichtet, ihre Widersacher innerhalb des Proletariats persönlich so moralisch zu vernichten, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihnen nimmt. Sie machen sich die politische Unruhe, die Denkschwäche eines großen Teils des Proletariats ebenso zunutze, wie die monarchistische Reaktion sich andererseits der politischen Lören Kosse, August Winnig, Wolfgang Heine, Eugen Ernst usw. bedient hat. Sie wollen weniger den Verstand, als die Stimmung der Massen gewinnen, weil ihnen dieser Weg bevorzugter erscheint. Die Massen sollen glauben, daß der Weg, der die Bolschewisten in Rußland an die Staatsmacht geführt hat, der richtige für alle Länder ist; die Massen sollen glauben, daß es richtige und falsche Führer gibt und die Bolschewisten eben die richtigen sind.

**III.**  
Die Gründung der "Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)", um die Jahreswende 1918/19, war, historisch betrachtet, ein Fehlschlag, die Massen blieben aus und mußten — abgesehen von den Tragödien im Januar



und März 1919 — schon um deswillen ausbleiben, weil sich innerhalb der neuen Partei die Leninisten und die Richtung Rosa Luxemburg auch nach deren Tode scharf gegenüberstanden. Schon im letzten Kriegsjahre hatte die „Arbeiterpolitik“ wiederholt auch den Austritt aus den freien Gewerkschaften verlangt. Diese Bestrebungen traten in der neuen Partei 1919 praktisch in die Erscheinung, die „Betriebsorganisationen“ und „Unions“ schlossen in die Höhe wie auf der Wiese die Herbstzeitlosen und giftig wie diese, indem sie die gewerkschaftliche Solidarität der Arbeiterklasse zerstörten und deren Zerklüftung ins Unendliche zu treiben drohten. Dem trat damals die Zentrale der K. P. D. entgegen, indem sie jene Elemente (grundsätzliche Gegner der Beteiligung an Parlamentswahlen und Antigewerkschaftler), kurzer Hand abschob, die nachher die „Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands“ bildeten. Das Unheil war aber für die K. P. D. mit der Ausschreibung jener Personen nicht gebannt, da man dem K. P. D.-Geiste nicht energisch zu Leibe zu rücken wagte. Die Sympathien der russischen Volkswirtschaften für die K. P. D. waren unverkennbar.

Die Woche vom 5. bis 12. Januar 1919 ist keine Offensive der Unabhängigen und Kommunisten, sondern ein geschichtsmastierter Angriff der monarchistischen Reaktion gewesen, wie ja die Unabhängigen und Kommunisten schon seinerzeit auch jegliche Teilnahme an den militärischen Märzkämpfen 1919 in Berlin ausdrücklich abgelehnt hatten. Im Jahre 1920 gewann die bolschewistische Richtung in der „Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)“ rasch an Boden. Die Streichung des Namens „Spartakusbund“ und seine Ersetzung durch die Bezeichnung „Sektion der Kommunistischen Internationale“ war symbolisch; man war nicht mehr mit Moskau solidarisch verbunden, sondern Moskau untergeordnet, der Geist Rosa Luxemburgs, Leo Jogisches und Franz Mehrings ausgemergelt.

Von Moskau her wurde seit dem Frühsommer 1920 ein Kampf um die Beseitigung Paul Levis und seines Anhangs aus der Leitung der K. P. D. ebenso geführt, wie gleichzeitig der Kampf gegen die „Hilferdinge“. Man hatte in Moskau zwar gesehen, daß 1919 der Versuch, die Revolutionierung der Arbeiterschaft statt auf geistigen Wege, durch organisatorische Mittel (Gründung der K. P. D., Schaffung der Betriebsorganisationen), herbeizuführen, gescheitert war. Daraus zog man die Folgerung, diesen fehlgeschlagenen Versuch noch einmal in riesenhaftem Maßstabe zu machen. Man verwarf die „Hilferdinge“ von den revolutionären Massen zu trennen, die in der U. S. P. und nicht in der K. P. D. waren. Darin liegt das bolschewistische Eingeständnis, wie verfehlt die Gründung der K. P. D. an der Jahreswende 1918/19 gewesen war; sie hatte sich selbst isoliert. Die Parole vom Sommer 1920, die U. S. P. zu spalten, hat nicht den von ihren Urhebern erhofften vollen Erfolg gehabt, und zwar um so weniger, als sie zweifellos die Rechtssozialisten moralisch gestärkt hat. Man hat in Moskau im Herbst 1920 weniger daran gedacht, die Massen der U. S. P. mit der K. P. D. zu vereinen, als vielmehr von vornherein die seltene Absicht gehabt, die Massen unter die geistige Botmäßigkeit der kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands zu bringen. Darum die Aufnahme der K. P. D. als „sympathisierendes Mitglied“ in die kommunistische Internationale trotz des Einspruchs der deutschen K. P. D. Daher auch der Befehl an diese, den Namen „Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands“ anzunehmen, um den völligen Anschluß der K. P. D. an sie vorzubereiten und zu erleichtern. Auf der gleichen Linie bewegten sich die Vorschriften, statt in den Gewerkschaften geistige Aufklärungsarbeit zu leisten, kommunistische Zellen oder Fraktionen zu bilden. Auch dieser Versuch, durch organisatorische Tricks die Arbeiterschaft in die Hand zu bekommen, ist mißglückt. Geglückt ist nur das Bestreben, Paul Levi und seine engeren Freunde beiseite zu drängen. Um das für ewig zu erreichen, erließ man in Moskau gegen diesen, nachdem er von der Parteileitung aus eigener Entschiedenheit zurückgetreten war, noch nachträglich in aller Form eine Bannbulle. Wie vor Jahrhunderten der römische Papst einen Keher ächtete, so ward Paul Levi durch Beschluß des Exekutivkomitees der 3. Internationale vor aller Welt in Acht und Bann getan.

#### IV.

So waren die geistigen Voraussetzungen für das traurige Osterfest 1921 geschaffen und alle ihm entgegenstehenden Hemmungen beseitigt. Trotz alledem habe ich mich noch immer gegen den Gedanken gestraubt, es könnte von der K. P. D. gerade für jene Tage planmäßig vorbereitet gewesen sein. Denn hätte ein solcher Plan bestanden, so wäre die Art seiner Ausführung geradezu birnenverbrannt zu nennen. Ich nahm also an, die K. P. D. sei in den Ruf hingelockt worden und hineingetaumelt, ohne selbst zu wissen wie. Denn wie folgten die Dinge aufeinander? Am 18. März forderte die Berliner „Rote Fahne“ die Leser auf, sich persönlich zu bewaffnen, am 22. März abends veranstaltete man, als in Mitteldeutschland schon Generalstreik war, in Berlin Demonstrationsveranstaltungen und forderte zur Ruhe auf. Nachher meldete man vom 28. März aus Hamburg, „führende Genossen der Partei gaben von Mund zu Mund die Parole aus, die Betriebe besetzt zu halten“. Endlich am Abend des 24. März (am Tage vor Karfreitag), also unmittelbar vor Ostern, tritt die Zentrale der kommunistischen Partei auf den Plan und ruft zum Generalstreik auf. Inzwischen ist in Mitteldeutschland der militärische Zustand ausgebrochen, die „Rote Fahne“ warnt am 26. März die Berliner Arbeiter davor, zu dem gleichen Mittel zu greifen. Die letztere Mahnung war indes überflüssig, denn in Berlin lehnte sogar der größte Teil der kommunistischen Parteimitglieder den Generalstreik ab. Die „Rote Fahne“ behauptete, Kahr und Ludendorff hätten zu Beginn des russischen Reichstages in die Luft sprengen und Attentate auf Gerichtsgebäude unternehmen lassen, um die Arbeiter zu provozieren. Von diesen Behauptungen ist sicher soviel richtig, daß jene Attentäter für Kahr und für Ludendorff gearbeitet haben, gleichviel, ob sie aus eigenem Antrieb gehandelt haben oder von jenem bewußt waren. Diese Vorwürfe kamen gerade rechtzeitig, um die Aufmerksamkeit von dem Meineltschprojekt Kessel und dessen Hintermännern abzulenken. Die meisten haben es infolge dieses russischen saum beachtet, daß Kessel im wesentlichen freigesprochen wurde. Wie es an einem Anlaß selbst, gerade zu Ostern ein Mittelstück von Generalstreik und militärischem Zustand zu machen, so sucht man auch vergeblich nach einem bestimmten Ziele, das die Aktion heben sollte. Die Mitstreiter der K. P. D. haben die Parolen ihrer Parteileitung indes so ausgelegt und so auslegen müssen, als ob es gelte, die ganze Staatsmacht mit einem Schlag in ihre Hand zu bekommen. Die Parteileitung hätte sich darüber klar sein müssen, wie sehr das Proletariat nach Tage der Dinge in seiner überwältigenden Mehrheit dieser Aktion von vornherein ablehnend gegenüberstand.

Ruh hat kurz nach der Aktion der Zentralkomitees der K. P. D. ausdrücklich erklärt, der Osterputz sei das einzig richtige gewesen, was man hätte tun können. Zu einer solchen Auffassung konnte die K. P. D. indes nur kommen, wenn sie im Gegensatz zu Rosa Luxemburg und Franz Mehring, aber in gewissenhafter Befolgung der Parolen der kommunistischen Arbeiterpartei annimmt, es genüge in jedem Augenblick eine kleine Minderheit, nachdem sie sich parteiorganisatorisch von den Massen getrennt hat, mit der Waffe in der Hand die Staatsmacht zu übernehmen und so den Sozialismus durchzuführen.

Das Osterfest ist verloren, und das verwerfliche ist nun wieder auf die „Verräter“ zu schieben. Denn zur Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht gehören der Wille und die Tat der Arbeiter, oder — um mit Rosa Luxemburg zu reden — „die geschlossene Front des gesamten deutschen Proletariats“, nicht der Terror, sondern „die Aktion der großen Massen des Volkes“, wobei der Schießprügel nicht die größte, sondern die geringste Rolle spielt. Der zweifelhafte Osterputz war von dem Willen der Massen absolut nicht getragen und mußte daher ganz selbstverständlich scheitern.

## Der überflüssige Stegerwald

Die preussische Regierungskrise dauert an. Die rechtssozialistische Landtagsfraktion hat gestern neuerdings beschlossen, auch einem Geschäftsmann Stegerwald ihre Unterstützung zu versagen. Herr Stegerwald wird vielleicht endlich bereit sein, außerstande ist, eine Regierung zu bilden und zum Hindernis für die Lösung der Krise geworden ist. Beim Zentrum und bei den Demokraten soll die Neigung bestehen, ein Kabinett lediglich aus Vertretern dieser beiden Parteien zu bilden, in der Hoffnung auf „wohlwollende Neutralität“ sowohl der Rechtssozialisten als der Deutschen Volkspartei. Nachdem man erklärt hatte, daß die Mehrheit für die bisherige Regierung durch den Wahlausfall zu wenig tragfähig geworden, will man also eine ausgesprochene Minderheitsregierung bilden. Damit ist aber auch ganz offenbar, daß der einzige Zweck der Entfesselung der Krise der Hinzuwurf der Rechtssozialisten ist. Uns scheint deshalb doch die Zumutung der „Neutralität“ die Gutmütigkeit der Rechtssozialisten denn doch allzu hoch einschätzt. Zuerst hinausgeworfen werden und dann noch gutmütig bleiben, ist wohl ein allzu starkes Ansinnen.

Im Übrigen geht der Streit über die berühmte „Bindung“ weiter. Herr Gronowski, der die Verhandlungen mit den Rechtssozialisten geführt hat, bestritt nochmals energisch, daß das Zentrum irgend einer Bedingung der Rechtssozialisten zugestimmt hätte; andererseits bleiben die Rechtssozialisten bei ihrer Behauptung und können dafür auch das Zeugnis der demokratischen Unterhändler anführen. Auf Unbeteiligte macht dieser ganze Streit, ob die rechtssozialistischen Unterhändler von den schlauerem Zentrumsmännern eingeleitet worden sind oder nicht, einen unglücklich komischen Eindruck.

Außerdem haben sich Zentrum und Demokraten zu einer scharfen Protesterklärung gegen Heilmann zusammengelunden, weil dieser das von uns bereits wiedergegebene „Privatgespräch“ zwischen Heß und Dominikus über die Bindung veröffentlicht hat.

Eine Reihe von Blättern erhebt über die Dauer der Krise großes Geschrei. Dabei kommt die Wahrheit sehr zu kurz, daß die ganze Geschichte Zentrum und Demokraten mit ihrem ebenso überheblichen wie überflüssigen Anspruch verhandelt haben, anderen Parteien ihre Politik aufzutrinken zu wollen. Im Übrigen werden die Folgen der Krise maklos übertrieben. Die preussische Regierung hat hauptsächlich Verwahrungsaufgaben zu erfüllen, die allen Ministern im Amt und es ist ziemlich gleichgültig, ob sie noch einige Monate länger oder kürzer im Amt bleiben. Daß größere Aufgaben nicht in Angriff genommen werden können, ist richtig und gehört auf das Schuldkonto von Demokraten und Zentrum, die diesen Zustand herbeigeführt haben. Aber so furchtbar ist das alles nicht, und in Wirklichkeit wird sich eine definitive Lösung der preussischen Regierungsfrage doch erst dann finden lassen, wenn die auswärtige Krise so oder so vorüber sein wird.

## Die Furcht vor der Wahrheit

Der „Vorwärts“ meldet aus Halle:

Bei der gestrigen Verhandlung vor dem Sondergericht Halle in den Pressevertretern von der Staatsanwaltschaft eine Erklärung überreicht worden, in der die Verwahrung gegen die Pressekritik an der Käuflichkeit der Sondergerichte einleitet. Das Schreiben drückt ferner die Drohung aus, bei weiterer Kritik die Presse von den Sitzungen auszuschließen.

Eine objektive Justiz braucht sich vor der Kritik nicht zu fürchten. Die Ausnahmegerichte, besonders das in Halle, üben diese Objektivität nicht, sie können das gar nicht, weil sie ihrer ganzen Zusammenlegung nach außerhalb aller Rechtsgesetzgebungen stehen. Selbst Minister Severing hat im preussischen Landtag zugeben müssen, daß der Gedanke der Kacholust bei den Sondergerichten nahe liege. Durch das Vorgehen des halleischen Gerichtes wird das Vorliegen der Kacholust bestätigt. Kacholust ist aber keine Rechtspflege und deshalb müssen die Ausnahmegerichte so schnell wie möglich beseitigt werden.

## Bayerische Provokationen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, den 19. April.

Die in der Presse aufgetauchten Behauptungen, daß die bayerische Regierung eine französische Note erhalten hätte, in der Frankreich dagegen Protest erhebt, daß Bayern in Tirol im Sinne der Anschließungsbewegung tätig sei und auf die entgegenstehenden Bestimmungen des Friedensvertrages aufmerksam gemacht werde, wird von der bayerischen Regierung dementiert. In der amtlichen Mitteilung wird gesagt, daß lediglich das richtig sei, daß der französische Gesandte beim bayerischen Ministerpräsidenten vorstellig geworden sei und gegen die angebliche Werbetätigkeit in Bayern für Anschluß von Tirol an Deutschland Einspruch erhoben habe. Der bayerische Ministerpräsident habe darauf erwidert, daß von einer solchen Propaganda nichts bekannt sei, und daß von Regierungsseite für eine solche Anschließungsbewegung nichts unternommen werde. Insbesondere sei die bayerische Regierung an einer Organisation und Durchführung der Heimreise der Tiroler zu einer etwaigen Abtrennung vollständig unbetätigt.

Mit diesem Dementi wird im Grunde bestätigt, was die Zeitungsmeldungen sagen. Es ist vollkommen unerheblich, ob Frankreich durch seinen Gesandten persönlich oder durch eine schriftliche Note gegen die bayerischen Treiber Einspruch erhoben hat. Wenn die französische Regierung selbst an dieser Bewegung nicht beteiligt sein mag, so besteht sie doch unter Rücksicht auf die Billigung der Regierung und das kann gerade in der gegenwärtigen kritischen Situation zu Verwicklungen führen.

## Spiel mit dem Feuer

Das polnische Bureau hat gestern „von unterrichteter Stelle“ eine Meldung verbreitet, wonach die polnische Regierung trotz des Friedensschlusses mit Rußland noch eine erhebliche Truppe macht unterhalte, von der ein Teil in der Nähe der deutschen Grenze untergebracht worden sei. Im Zusammenhang mit einer Redewendung des polnischen Ministerpräsidenten Witoski im Landtag, wonach jede Entscheidung über Oberschlesien, die den Willen des Volkes außer acht lasse, die Grenzen der Gebude des polnischen Volkes überschreiten würde, soll der Eindruck hervorgerufen werden, als ob die polnische Truppenmacht ihre Verwendung gegen Deutschland finden soll.

Wir würden es für richtig halten, daß das offizielle Telegraphenbureau die Verbreitung von Meldungen dieser Art, die nur geeignet sind, die nationalstimmige Stimmung zu beleben, unterläßt. Sonst könnte der Eindruck entstehen, als ob bestimmte Kreise in Deutschland einen Vorwand brauchen, um unter dem Deckmantel einer Abwehraktion gegen Polen insgeheim neue militärische Spielereien zu beginnen.

## Um den deutschen Goldfonds

(Havas.) Paris, 19. April.

Der Reparationsausschuß hat an die Kriegslastenkommission eine Note gerichtet, welche bis zum 1. Mai die Ueberführung der Goldbestände der Reichsbank in das besetzte Gebiet fordert. Falls Deutschland diese Forderung des Reparationsausschusses ablehnen sollte, so würde sich derselbe gezwungen sehen, von Deutschland die sofortige Aushändigung des gesamten Goldbestandes zu fordern. Gerade um die Ueberführung des gesamten Goldbestandes zu verhindern, habe der Reparationsausschuß sich entschlossen, nur die Ueberführung dieses Goldbestandes in die Reichsbankstellen in Köln oder Koblenz zu verlangen. Der Reparationsausschuß werde die Antwort der Kriegslastenkommission bis zum 22. April abwarten.

## Der Streik in England

D. A. London, 19. April.

Die Vollzugsausschüsse der Verbände der Eisenbahner und Transportarbeiter, sowie der Vereinigung der Lokomotivführer und Heizer beschlossen in gemeinsamer Sitzung, in einer öffentlichen Verkaufsbauung ihr teures Votum über die grundlegend veränderte Lage auszusprechen. Bei dem Mangel an Solidarität, der sich seit Donnerstag abend gezeigt habe, sei kein anderer Weg übrig geblieben, als die Streikparole zu widerrufen.

## Der „Daily Herald“ über die englische Streikbewegung

Die unerwartete Wendung im englischen Generalstreik, die durch den Beschluß der Eisenbahner und Transportarbeiter eingetreten ist, sich den ausländischen Bergarbeitern nicht anzuschließen, gibt dem „Daily Herald“ Anlaß zu einer längeren Betrachtung in seiner Sonnabendnummer, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Selbst hat die Arbeiterbewegung die schwerste Niederlage seit Menschengedenken erlitten. Es ist zwecklos, sie zu verfeinern, wie es zwecklos ist, vorzugeben, es sei keine Niederlage. Wir haben allezeit den Standpunkt vertreten, daß die organisierten Arbeiter streiken werden, wenn sie einig zusammenstehen. Nun sie nicht einig zusammenstehen, haben sie die Folgen geerntet.“

Wir wollen weder Individuen noch einzelne Teile oder die gesamte Bewegung anklagen. Es ist nicht die Sache des einen, den anderen zu beschuldigen, oder zu erklären, selbst hätte man es besser gemacht als die anderen, die die schwerste Verantwortung tragen.“

Der Nationalverband der Eisenbahner, der Bund der Transportarbeiter und die Vereinigung der Lokomotivführer und Heizer haben sich gegen den Streik erklärt. Die Bergleute sehen den Kampf für einen nationalen Lohnausschuß und für die Schaffung eines nationalen Fonds (zur Unterstützung der weniger rentablen Gruben) fort.“

Nach einer kurzen Würdigung zweier voneinander abweichenden Vorschläge des Bergarbeiterverbandes über die Regelung der Lohnfrage fährt der Artikel fort:

„Wir können nicht glauben, daß ein Mißverständnis oder ein Zerium den Streik aufhalten, die Bewegung vernichten und den gegenwärtigen Zusammenbruch hätte herbeiführen können. Nicht eine oder hundert oder tausend solcher Kleinigkeiten hätten das Kampziel berührt, wenn die gesamte Bewegung wirklich geschlossen in Bezug auf die Organisation und das Wesen gewesen wäre, wie auch in Bezug auf die Sympathie mit der Sache. Hierin liegt die ungeheure Schwäche, und wenn wir aus unseren Fehlern lernen wollen, müssen wir sie erkennen und sie beseitigen.“

Was wir bedürfen, ist ein neuer Aufbau und ein neuer Geist. Die alte Maschine hat in der Stunde der Not versagt. Die Grubenbesitzer und die Regierung haben einen schweren Frontalangriff gegen die Lebenshaltung der Arbeiter unternommen. Sie sind entschlossen, daß die Arbeiter hungern müssen, und die Arbeiter waren nicht einig darin, diesen Angriff gemeinsam abzuwehren.“

Der Dreikönig, der Gewerkschaftsverband und der Generalkongress (der Gewerkschaften) haben nicht funktioniert. Wir müssen von vorn anfangen und eine Maschine herstellen, die funktioniert. Aber noch nötiger ist ein neuer Geist. Aus dieser Niederlage kann ein größerer, besserer Kampf entspringen, der uns zum endgültigen Siege führt — oder aber zu einer endgültigen, niederdrückenden und vernichtenden Niederlage. Wir können eine Zeitlang geschlagen werden, aber es wird unser eigener Fehler sein, wenn wir nicht bald siegreich sind. Die Verzweiflung ist der schwache Punkt unserer Bewegung. Sie muß verschwinden. Jeder muß unentwurzelt aufs neue in den Kampf treten, entschlossen, denn je zu persönlichen Opfern, harter Arbeit und solidarischem Handeln. Persönliches müssen wir zurückstellen und unsere Kraft konzentrieren auf die Sache.“

Für was wir kämpfen, kann weder durch Lloyd George oder sonst etwas besetzt werden, ausgenommen durch Verrat in unseren eigenen Reihen oder durch unseren Kleinmut.“

## Keine Wahlenthaltung der italienischen Sozialisten

M. Rom, 19. April.

Die Nachricht, die Führer der Sozialdemokratie hätten angesichts der gegen sie gerichteten gewalttätigen Fascienaktion, Wahlenthaltung beschlossen, ist unbegründet. Der „Quanti“, das Hauptorgan der Partei, ermahnt dessen Mitglieder in einem besonderen Aufsatz zu tüchtiger Wahlpropaganda, da die Sozialdemokratie bei der Wahlenthaltung nichts gewinnen, sondern den Kommunisten in die Hände arbeiten würde.

Die Stellung von Müllern in Compjuzland wird wiederumgenommen. Hierzu werden 1243 Arbeiter angefordert, deren Arbeit als Kompensationsleistung gewertet wird.



# Das Attentat auf die Siegessäule

## Der Lockspitzelsumpf — Zuchthausstrafen für die Angeklagten

In der gestrigen Verhandlung wegen des „Attentates“ auf die Siegessäule gab der Vorsitzende einleitend bekannt, daß der Kriminalkommissar Scherler zur erneuten Vernehmung geladen sei.

Der Verteidiger Justizrat Broh teilt mit, daß er im Gesamtgespräch mit Holz zusammengewesen sei. Er habe mit ihm über Herrn gesprochen und Holz habe Herrn für einen Spitzel. In einer Sitzung in der Verdingenstraße, an der auch Holz teilgenommen hat, habe er Herrn kennengelernt. Die beabsichtigte Sprengung der Siegessäule habe Holz für einen glatten Unfug. Es besähe die Möglichkeit, daß Herr mit einem falschen Barte als Holz aufgetreten sei. — Staatsanwalt Jäger: Holz hat mir und dem Kriminalkommissar Scherler gegenüber zugestanden, an einer der Sitzungen in der Verdingenstraße teilgenommen zu haben. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß Herr und Holz identisch miteinander sind.

### Lockspitzel Herr

Justizrat Frankl beantragt, den Beamten a. D. Hering in Magdeburg als Zeugen zu laden. Dieser wird befunden, daß sein Sohn unter dem Namen Herr mit der Polizei in enger Verbindung steht. Sollte der Vater mit seinen Aussagen zurückhalten, dann bin ich bereit, zwei weitere Zeugen namhaft zu machen. Der Verteidiger überreicht zum Beweise dafür, daß Holz und Herr zwei verschiedene Personen sind, dem Gericht eine Anzahl Photographien, die Herr in verschiedenen Kleidungen darstellt. — Als weiterer Zeuge wird nunmehr der Bärtler der Siegessäule Ludwig vernommen. Dieser sagt aus: Ich war der erste, der am 12. März die Siegessäule betrat, und zwar bestieg ich gegen 10 1/2 Uhr sämtliche Wendestufen. Von einem Karren habe ich nichts gesehen. Nach mir kamen 70—80 Besucher, die ebenfalls ein verächtliches Paket nicht beobachtet haben.

Der Sachverständige Medizinalrat Dr. Stoermer gibt seine Gutachten über Moebes, Lemke und Wolf dem Gericht bekannt. Die beiden ersteren seien Hysteriker, der letztere Neurotiker vom reinen Wasser.

Zeuge Kriminalkommissar Scherler, der inzwischen eingetroffen ist, wird hierauf eingehend vernommen. Vorl.: Was hat Ihnen Holz bei der ersten Vernehmung mitgeteilt? — Zeuge: Er bestritt entschieden, an dem Komplott auf die Siegessäule beteiligt gewesen zu sein. In der Verdingenstraße sei er gewesen zur Ausfindigmachung einiger Genossen, die sich an einer Verletzung von Gefangenen in Mitteldeutschland beteiligen wollten. — Staatsanwalt: Er hatte also nicht zugestanden, daß er an einer Verletzung in der Verdingenstraße teilgenommen hat? Dort hat Holz eine Rede über Expropriation der Expropriateure gehalten. — Zeuge: Jawohl. Diese Rede war ihm besonders gefällig. — Vorl.: Die Polizei wäre wohl froh, wenn Sie Herr hätte? — Zeuge: Wir sind eintig demüht, daß Herr habhaft zu werden, weil wir sehr davon überzeugt sind, daß Herr der Spiritus rector des Anschlags auf die Siegessäule ist. — Justizrat Broh: Ich habe nie bezweifelt, daß Sie versucht haben, Herrn festzunehmen, ich habe aber angebetet, ob nicht die höheren Instanzen anderer Ansicht sind. In einer politischen Abteilung werden viele Mimen gegeneinander springen. — Zeuge: Die politische Abteilung kann ich nicht als eigentliche politische Abteilung bezeichnen. — Justizrat Broh: Kann man die Folgerung ziehen, daß Sie Herr bereits haben? — Zeuge: Das kann ich nicht glauben.

### Holz und Herr

Justizrat Broh: Ist Holz vielleicht mit Herr identisch? — Zeuge: Das glaube ich nicht. — Justizrat Broh: Ist Ihnen bekannt, daß Herr Hering nicht nur schriftlich auf der Polizei angemeldet hat, sondern auch persönlich dort erschienen ist? — Zeuge: Davon ist mir nichts bekannt. — Reihiger: Hat Ihnen Holz davon erzählt, daß er in der Versammlung in der Verdingenstraße eine Aktion verlangt habe? — Zeuge: Holz wollte sich erst wenig auf Unterhaltung einlassen, er erklärte, er würde alles vor Gericht auslagern und voll und ganz zu seinen Taten stehen. Holz hat gesagt, daß er hinter Attentaten stehe und auch selbst welche ausgeführt habe. — Justizrat Broh: Hasten Sie es für möglich, daß Holz an dem Attentat auf die Siegessäule beteiligt ist? — Zeuge: Holz hat ausdrücklich gesagt, daß er Attentate ausgeführt habe. — Justizrat Frankl: Können Sie sich erinnern, daß Sie nach der Verhaftung zu Frau Wolff gesagt haben, daß die Polizei gewußt hat, daß die Familie Wolff nach Karlsruhe gefahren ist? — Zeuge: Darf ich vielleicht fragen, was diese Frage bedeutet? — Justizrat Frankl: Ob Sie gewußt haben, daß die Familie Wolff nach Karlsruhe gefahren ist. — Zeuge: Das habe ich gewußt. — Justizrat Frankl: Haben Sie auch gemerkt, daß an diesem Abend Herr in die Wohnung der Familie gegangen ist? — Zeuge: Von 10 Uhr ab wurde an der Wohnung ausgepaßt, es ist uns nicht gelungen, Herr zu bekommen und wir nahmen an, daß eine weitere Beobachtung keinen Zweck hätte. — Zeugin Frau Wolff: Nachdem Herr schon bei uns aus dem Haus war, wurden wir beobachtet, denn Scherler konnte nicht wissen, daß wir ausgegangen waren. — Justizrat Frankl: Also vor Ihrem Weggehen war Herr bei Ihnen? — Zeugin: Jawohl. — Justizrat Frankl: Ihre Wohnung stand demnach bereits unter Beobachtung, als Herr noch im Hause war. — Kriminalkommissar Scherler: Ueber die Fahrt des Ehepaars Wolff nach Karlsruhe erhielten wir Nachricht nicht durch Beobachtung, sondern durch eine vertrauliche Mitteilung. — Justizrat Frankl: Es muß Ihnen auch durch vertrauliche Mitteilung bekannt geworden sein, daß Herr in der Wolffschen Wohnung ist. — Zeuge: Nein! Wir stellten Beobachtungen an, Herr kam aber nicht. — Staatsanwalt: Wäre es möglich, daß Ihre Beobachtungen des Herrn von einer anderen Dienststelle dazu benutzt worden wäre, über Ihren Kopf hinweg andere Instruktionen zu geben. — Zeuge: Das halte ich für ausgeschlossen. Bei dem ganzen Geiz, der bei der Polizei herrscht, halte ich das für unmöglich. — Justizrat Broh: Wie ist denn dieser ganze Geiz? — Vorsitzender: Das geht zu weit, das gehört nicht zur Sache. — Nach weiterer Vernehmung dieses Zeugen wird die Beweisaufnahme geschlossen.

### Neue Beweisaufnahme

Die Verteidigung stellt erneut den Antrag, Herr, Pieper und Holz als Zeugen zu stellen. Der Staatsanwalt protestiert gegen die Vorführung von Holz ohne Kasse, d. h. mit schwarzem Volldbart. Er befürchtet außerdem eine Beeinträchtigung der Angeklagten, denn sie hätten Angst vor Holz. — J. R. Frankl weist darauf hin, daß die Beweisaufnahme am Ende angelangt sei und die Angeklagten ihre Aussagen bereits gemacht hätten. — J. R. Broh: Ich verstehe nicht, daß die Angeklagten mehr Angst vor Holz haben sollten als vor diesem Ausnahmegericht. — Staatsanwalt: Der Druck des Sondergerichts auf die Angeklagten ist nicht ein derartiger, wie er von Holz und seiner Partei auf die Angeklagten ausgeübt wird, die den Angeklagten mit dem Erklaren drohen.

Nach kurzer Beratung lehnt das Gericht die Anträge der Verteidigung ab. Durch die Aussagen des Kriminalkommissars Scherler sei festgestellt, daß Herr kein Spitzel sei! Etwaige Aussagen von Holz seien unzuverlässig. — J. R. Broh: Durch Ablehnung der Anträge der Verteidigung ist diese vor eine neue Situation gestellt. Ich bitte um eine Pause von 5—10 Minuten, damit sich die Verteidiger beraten können, ob sie überhaupt noch in der Lage sind, die Verteidigung der Angeklagten weiterhin zu übernehmen. — J. R. Frankl lehnt sich der Erklärung seines Kollegen an. Wenn das Gericht auf dem Standpunkt steht, daß durch die Aussagen des Kriminalkommissars Scherler erwiesen sei, daß Herr kein Spitzel wäre, müßte die Verteidigung sich sehr wohl überlegen, ob sie weiterarbeiten könne. — Der Vor-

sitzende unterbricht die Verhandlung durch Festsetzung einer Mittagspause.

### Ein Zwischenfall

Nach der Mittagspause sind die Verteidiger nicht anwesend, und der Vorsitzende erteilt dem Staatsanwalt das Wort zu seiner Anklagerebe. Als nach etwa zehn Minuten die Verteidiger zur Verhandlung kommen, protestieren beide dagegen, daß ohne die Verteidigung in die Verhandlung eingetreten worden sei. Auf Grund dieser Tatsachen kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden. Letzterer stellt sich auf den Standpunkt, daß das Gericht nicht verpflichtet sei, auf die Verteidigung zu warten. Denn das Gericht habe sich in der Annahme befunden, die Verteidigung hätte ihr Mandat niedergelegt. Justizrat Frankl trat dieser Ansicht scharf entgegen und wies darauf hin, daß Vorgänge bei anderen Ausnahmegerichten beweisen, daß andere Gerichte die Ansicht vertreten, daß die Verteidigung zur Verhandlung zugelassen werden müsse.

Nach diesem Zwischenfall gibt Justizrat Broh folgende Erklärung ab: Die Verteidigung hält an der Bezeichnung „Ausnahmegericht“ fest, weil die Bestimmung des Reichspräsidenten lediglich gegen das Proletariat gerichtet ist. Selbst wenn Herr kein Spitzel sei, hat die Beweisaufnahme ergeben, daß es sich um ein Scheinattentat gehandelt hat. Die Rechte der Verteidigung sind durch Ablehnung ihrer Anträge bereits beschränkt, daß die Verteidigung in einen schmerzlichen Gewissenskonflikt geraten ist, ob sie noch weiterhin die Verteidigung übernehmen kann. Wir haben uns trotzdem entschlossen, die Verteidigung weiter zu führen, weil wir annehmen, daß den Angeklagten ein Pflichtgefühl gestellt werden wird, zu dem sie kein Vertrauen haben. — Justizrat Frankl: Die Verteidigung weist energisch die ungehörliche Beschränkung und Abkürzung zurück. Wenn wir nach schweren Gewissenskonflikten doch die Verteidigung behalten, so nur im Interesse der Angeklagten.

### Die Anklagerebe

Nach den Erklärungen der beiden Verteidiger fährt der Staatsanwalt in seiner Anklagerebe fort. Die Tat sei nur zu verstehen, daß die Angeklagten Mitglieder der R. A. P. D. seien. Die Tat sei nicht ihrem Gebirne entsprungen. Ob Holz der geistige Vater ist, könne in dieser Verhandlung nicht aufklärt werden. Das Attentat sollte den Auftakt bilden zu einer revolutionären Erhebung des Proletariats. Die Angeklagten haben gegen den 8. 5. und 6. des Sprengstoffgesetzes verstoßen und außerdem liegt Hochverrat vor. Von einem Theatercoup kann keine Rede sein, auch nicht von einem Spitzelunternehmen. Holz war in der ersten Versammlung in der Verdingenstraße, und das beweist, daß ein ernstliches Attentat beabsichtigt war. Wenn der Wächter das Paket nicht gesehen hat, so muß in Betracht gezogen werden, daß es sich um einen alten Mann handelt. Herr ist kein Spitzel, das beweisen die Aussagen des Kriminalkommissars Scherler. Alle, die am Komplott beteiligt waren, müssen nach dem Dynamitgesetz bestraft werden. Außerdem haben einige der Angeklagten gegen das Entwaffnungsgesetz verstoßen. Es kann keine Rede davon sein, daß den Angeklagten bei ihrer Vernehmung ein Geständnis abgepreßt worden ist. Es muß berücksichtigt werden bei der Beurteilung des Attentats, daß die Siegessäule das Sinnbild der deutschen männlichen Tugenden ist. Wenn der Plan gescheitert wäre, wäre ein großer Teil des deutschen Volkes auf schwerste in seinen Gefühlen verletzt worden. Das muß strafverschärfend in Betracht gezogen werden, es zeugt von einer brutalen Gefinnung und Niedertracht. Der Staatsanwalt beantragt gegen die Angeklagten Neumann, Schurzhinck, Hannemann, Kamus, Moebes, Medon und Kranz je 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; gegen Baumgart, Lemke und Nöhning je 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; gegen Wolff Freisprechung.

### Die Pläbiers

Justizrat Broh: Selten hat ein Sensationsprozeß eine derartige Enttäuschung gebracht, und selten ist eine Anklage vor den Toren der Öffentlichkeit so zusammengedrückt, wie im vorliegenden Falle. Die Angeklagten, einfache und strafe Arbeiter, sind Idealisten, vielleicht Fanatiker. Das Verbrechen ist nach der Ansicht der Verteidigung nichts weiter als ein politischer Theatercoup, natürlich mit einem bestimmten Ziel. Ich behaupte, daß die gesamten Unruhen seit November 1918 durch Spitzel der Reaktion inheerter worden sind, weil die Reaktion hoffte, das Proletariat wieder unterdrücken zu können. Leider ist das Proletariat immer auf diese Machinationen hineingefallen, zum letzten Male in den vergangenen Wochen. Die ganze Beweisaufnahme spricht dafür, daß nach 11 Uhr erst das Paket in der Siegessäule niedergelegt wurde und nicht schon um 5 Uhr. Ein ernstliches Verbrechen war überhaupt nicht beabsichtigt, die Verbrechen der Angeklagten durch Herr seien ein sicheres Zeichen dafür, daß Herr ein Proletarier ist. Es handelt sich um ein Scheinverbrechen, bei dem die Angeklagten nicht freiwillig mitwirkten, sondern unter einem Zwange standen. Ich beantrage für die Angeklagten Freisprechung und hoffe, daß das Gericht der Vortommung des Bürgertums keine Rolle gibt und daß der Vorherrscher genau solche Mißde an den Tag legt, als er es im Hitler-Prozeß getan hat.

Justizrat Frankl: Die Verteidigung hat unter Beweis gestellt, daß eine vorsätzliche Handlung im Sinne des Sprengstoffgesetzes überhaupt nicht vorgelegen hat. Deshalb beantragte die Verteidigung, Herrn herbeizuschaffen, sowie Pieper und ihnen Holz gegenüberzustellen. Das wurde vom Gericht abgelehnt. Der Verteidigung wurde es durch die Ablehnung ihrer Anträge unmöglich gemacht, den Beweis dafür anzutreten. Wenn das Gericht auf dem Standpunkt steht, daß durch die Aussagen des Polizeikommissars bewiesen sei, daß Herr kein Spitzel sei, so hat die Beweisaufnahme das Gegenteil erbracht. Wenn ein ernstliches Attentat beabsichtigt gewesen wäre, dann hätte Herr nicht 12 Personen hinzugesogen, sondern das Komplotz auf einen kleinen Kreis beschränkt. Ich erwarte mich energisch dagegen, den Turmwächter, wie es der Staatsanwalt getan hat, nicht voll zu nehmen, lediglich weil seine Aussagen für die Angeklagten entlastend sind. Keine einzigen Tatzeugen sind vorhanden. Bei dem Urteil muß das Gericht die Anschauung der Kreise der Angeklagten zugrunde legen und nicht die Anschauungen, die in den Kreisen des Bürgertums herrschen. Eine Schuld der Angeklagten im Sinne der Anklage ist durch die Zeugenansagen nicht erwiesen und das Gericht muß zum mindesten zu einem Non liquet (es ist nicht klar) kommen. Wenn der Staatsanwalt auf dem Standpunkt steht, daß das Attentat in Verbindung mit Holz gebracht werden muß, so finde ich es außerordentlich merkwürdig, daß gerade der Staatsanwalt die Vorführung von Holz ablehnt hat. Nicht Jahre Zuchthaus sind so leicht gegen unbestrafte Menschen ausgesprochen, sie können nicht nur die Inhaftung, sondern auch deren Familien in den Tod treiben. Wie es ein öffentlicher Ankläger nach einer solchen Beweisaufnahme über das Herz bringt, vorzuziehen Anträge auszusprechen, das bleibt mir absolut unverständlich. Außerhalb dieses Saales wird es auch absolut unverständlich bleiben. Ich protestiere noch einmal, daß das höchste gegen dieses verfassungswidrige Gericht und gegen das verfassungswidrige Verfahren, weil mein menschliches und juristisches Gewissen mir das gebietet. Ich verlange schärfste Kritik und Verurteilung der Beweisaufnahme. Dann wird das Gericht nicht ein Urteil ausprechen, wie es der Staatsanwalt dem Gericht ans Herz gelegt hat.

### Schlussurteile der Angeklagten

Angell Moebes: Ich bitte darum, daß nicht durch einen ungerechtfertigten Urteilspruch meine Familie und ich vernichtet werden.

Angell Kranz: Ich möchte noch einmal die Richter fragen, warum ich mit 8 Jahren Zuchthaus bestraft werden soll? Die Angeklagten haben befunden, daß ich in keiner Sitzung zugegen war. Jede Strafe, die gegen mich verhängt wird, wird ein Echo im Proletariat hervorrufen, weil es erkennen wird, daß ich ohne irgendwelchen Grund zum Zuchthaus verdammt worden bin. (Prozesse im Zuchthausraum.)

Vorsitzender (erregt): Ruhe im Zuchthausraum! Herr Bachmeister, weisen Sie sofort den Mann hinaus. Das wäre ja noch schöner, wenn wir uns unsere Ruhe und Ordnung stören lassen wollten. (Ein Zuhörer wird von einem Wachmeister aus dem Saale hinauskomplimentiert.)

Angell Kaminski: Wer das durchgemacht hat wie ich, wird nicht lachen, daß ich ein Verbrecher bin. Mit 12 Jahren kam ich in die Gefängnisanstalt. Mein erster Diebstahl war Mundraub bei einem Schlägler. Ich kam zurück zur Fürsorgeanstalt und wurde während eines Schneesturmes an einen Karren gebunden. Ich nehme jede Strafe auf mich, am liebsten würde ich die Strafe sämtlicher Angeklagten mitabgeben. Wenn ich aber herauskomme, dann werde ich wissen, was ich zu tun habe. — Vorl.: Eine politische Rede hat keinen Sinn. — Kaminski (fortfahrend): Das Gericht hat für unser Fühlen kein Verständnis und zu uns kein Vertrauen. Aber wir haben auch kein Vertrauen zu diesem Gericht, das nichts anderes ist als die Interessenvertreter der Leute mit den großen Geldern.

Der Angeklagte Lemke beteuert nochmals seine Unschuld, denn er sei in der fraglichen Nacht zu Hause gewesen. Die andern Angeklagten schließen sich den Ausführungen ihrer Verteidiger an.

### Die Urteilsverkündung

Nach einstündiger Beratung des Gerichts gibt der Vorsitzende bekannt, daß zweifelslos Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Hochverrat und bei einzelnen Angeklagten Verstoß gegen das Entwaffnungsgesetz vorliegt. Es habe sich um ein ernstes Attentat gehandelt, das mit der Bewegung in Mitteldeutschland in Verbindung zu bringen sei. Das Attentat sollte den Auftakt geben zu einer Kulturbewegung in Berlin. Die Verfassung des Deutschen Reiches sollte gewaltsam geändert werden. Strafverschärfend sei, daß es sich bei der Siegessäule um ein Wahrzeichen von Deutschlands Größe und Vergangenheit handelte. Das Urteil lautet:

Gegen Schurzhinck, Hannemann, Nöhning, Medon je 8 Jahre und vier Monate Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Hochverrat; gegen Neumann und Moebes je 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Hochverrat; gegen Kaminski und Kranz je 6 Monate Gefängnis wegen Verstoß gegen das Entwaffnungsgesetz; die Angeklagten Baumgart, Wolff und Lemke wurden wegen mangelnder Beweise freigesprochen.

Das hier verkündete Urteil muß nicht nur wegen seiner ungeheuerlichen Härte, sondern auch wegen der Ablehnung der Beweisanträge der Verteidigung, die in den Lockspitzelsumpf der Polizei hineinschleichen wollten, den schürst den Vorwurf hervorrufen. Der Verlauf des Prozesses hat für jeden, der sehen will, den Beweis erbracht, daß die Angeklagten nur Werkzeuge in den Händen eines raffinierten Polizeispitzels gewesen sind, der sich die politische Unersahrenheit und den in falsche Bahnen gelenkten Drang zur „revolutionären Aktivität“ zunutze machte, um einen politischen Sensationsprozeß großen Stils zu inszenieren, der gegen die Arbeitererschaft als Ganzes ausgeschaltet werden soll. Es wäre für die Öffentlichkeit von doppelter Bedeutung gewesen, wenn den Anträgen der Verteidigung stattgegeben und in den Lockspitzelsumpf hineingeschleucht worden wäre, denn einmal wäre das ruchlose Treiben der mit Menschenleben spielenden politischen Polizei aufgedeckt worden und andererseits hätte die Klarstellung der Methoden des politischen Polizeispitzels eine ungeheure erzieherische Wirkung für jene unangeschulten Schichten der Arbeitererschaft gehabt, die aus ihrer elenden Lage dazu kommen, den tönenden Worten großspuriger Maulrevolutionsäre Glauben zu schenken, und dabei in ihrer Unersahrenheit den Seelensügnern der politischen Polizei ins Garn laufen.

Der Spruch des Gerichtes im Siegessäulenprozeß, der eine Anzahl Proletarier zu vielfährigen Zuchthausstrafen verurteilt, muß die tiefe Erbitterung steigern, die nicht nur in den Kreisen der Arbeitererschaft, sondern in weiten Volkskreisen gegenüber der deutschen Justiz herrscht. Und zwar um so mehr, als nicht die Rede davon sein kann, daß die Schuld der Angeklagten nachgewiesen worden wäre. Davon aber abgesehen, sind bei dem Attentat, das alle Anzeichen eines Scheinattentates trug, weder Menschen noch Sachen zu schaden gekommen. Mit Dynamit macht man gewiß keine revolutionäre Politik, aber der Urteilspruch des Gerichtes wirkt wie Dynamit.

### Preussischer Landtag

Die gestrige Landtagssitzung war nur von kurzer Dauer. Die Deutschnationalen hatten ihre Vertreter verpflichtet, wegen der Potsdamer Beerdigung der Sitzung fernzubleiben. Die Notverordnung über den Zusammtritt des Provinziallandtages der Provinz Niederschlesien und die nachträgliche Erhebung von Provinzialsteuern für die Provinzen Ober- und Niederschlesien wurde ohne Ausrede genehmigt. Die Notverordnung war erforderlich, weil ein Zusammentritt des beschlußfähigen Provinziallandtages innerhalb der vorgeschriebenen Frist infolge Überforderung der Behörden und Provinziallandtagsabgeordneten durch Abstimmungsarbeiten nicht erwartet werden konnte.

Als zweiter Punkt wurde ohne Ausrede angenommen der Antrag Hirschfelder (3) auf Einsetzung eines 8-kündigen Ausschusses von 20 Mitgliedern zur Wahrnehmung der preussischen Verkehrsinteressen. Vizepräsident Dr. Vorl. teilt dann noch mit, daß die Regierung in der Arbeitslosigkeit am Mittwoch noch nicht antworten kann, daß daher die Arbeitslosenfrage frühestens Donnerstag zur Beratung gestellt werden wird.

Das Haus vertagte sich dann auf Mittwoch 1 Uhr. Beraten werden die deutschnationalen Anträge auf Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Die deutsche Einflucht nach England. Im Unterhause sagte der Schatzkanzler in Erwiderung auf eine Anfrage: Während der 12 Tage vom 20. bis 31. März hat die deutsche Einflucht nach England 779 991 Pfund Sterling betragen. Während der 12 ersten Tage des Monats April belief sie sich auf 395 973 Pfund Sterling. — In dieser Differenz macht sich die Wirkung der Zollabgabe bemerkbar.

Allgemeine Amnestie in Georgien. Die neue Sowjetregierung Georgiens erteilt eine vollständige Amnestie für die Angehörigen aller politischen Parteien und alle Bürger, die bisher gegen die Sowjetmacht in Georgien gekämpft haben.









Groß-Berlin

Der große Tag der Monarchisten

Es war im Grunde gar nicht die ehemalige Kaiserin allein, die gestern in Potsdam beigelegt wurde...

Ein Bild in die bürgerliche Presse, deren Spalten erfüllt sind von den einschmeichlichen Schilderungen...

Einem größeren Gefallen hätte die frühere deutsche Kaiserin den deutschen Monarchisten nicht erweisen können...

Ein Hohenzollerntummel, wie ihn die Kaiserzeit noch nicht gesehen hat. Schon die Tage vorher war Potsdam in Schwarzweißrot gefüllt bis zu den Dachstufen...

Der Beerdigungstag selbst stellte alle vorausgegangenen in den Schatten. Wir wollen nicht von den Tausenden sprechen, die schon während der Nacht und bis zum frühen Morgen abgehert hier ankamen...

Die Kranzspenden, die nach dem Wunsch der Verstorbenen sich möglichst einfach gestalten sollten, waren geradezu ungläublich. So war z. B. von der Hindenburgpende ein Kranz im Werte von 12 000 Mark in Auftrag gegeben...

Wenn man an dem Wege mehrere total verstümmelte Kriegsbekleidete sah, so trauerte man sich einem das Herz zusammen, ob dieses Kontrasts, der sich hier so offensichtlich zeigte...

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patienten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann zur Mühlen

Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Dahlemer 1921

Dann sprach Henderson, der große Holzfäller, das sei eben das Unglück, man könne für einen derartigen Zweck keine Organisation gründen...

„Gut“, rief Joe, „dann werden wir eben unterirdisch arbeiten!“

„Ja, aber wie ist es dann um die Organisation bestellt? Niemand wagt dem anderen zu trauen, jeder hält alle anderen für Spione.“

„Teufel!“ meinte Joe Engel. „Ich bin um der Bewegung willen gefesselt, mich wird niemand einen Spion nennen.“

Da etliche Einwände erhoben, wurde Engel noch heftiger. Und wenn ein Massenaufstand, wenn Roid und Totschlag kommen? Wenigstens werden die Ausbeuter eine Lektion erhalten...

„Darauf können Sie wetten“, entgegnete Gus, der schwedische Matrose. „Darauf können Sie wetten.“

„Wer sind diese Leute?“ fragte er, und nun wurden Namen genannt. Natürlich dauerte es nicht lange, bis jemand Kesse Alderman erwähnte...

sen, Tirpitz usw.) sehen ließ, wollten die Operationen kein Ende nehmen. Unzählige deutsche Frauen, die sehr oft ihren Kräften entsprechend mit ihren Leistungen im Interesse der Allgemeinheit...

Wir fordern, daß die mohabenden Instanzen all ihnen Korporationen, die entgegen den Anordnungen ihrer vorgesetzten Behörden an diesem monarchistischen Kummel teilgenommen haben...

Die Arbeiterschaft aber möchte aus dem Kummel die Lehre ziehen, daß der Monarchismus in der Masse der Deutschen, die nie aufhören werden, sich als Untertanen zu fühlen...

Aus der Lichtenberger Schulzahnklinik

Von Zahnarzt Dr. Erich Klein

Die städtische Schulzahnklinik hatte im Jahre 1920 einen starken Zuspruch aufzuweisen. Gegenüber dem Vorjahre ist eine erhebliche Steigerung in der Zahl der Besucher zu verzeichnen...

Es ist nicht zu verkennen, daß die durch Vernachlässigung der Zähne auftretenden schweren Fälle, wie wir sie in den ersten Jahren des Bestehens der Schulzahnklinik häufig zu sehen bekamen, immer seltenerere Erscheinungen werden...

Neben der direkten Hilfe, welche die Schulzahnklinik den zahnkranken Kindern brachte, suchte sie auch erfolgreich einzuwirken. Sie suchte die Kinder zu verständigen Patienten heranzuziehen...

Die einmal in Behandlung stehenden Kinder wurden nach abgeschlossener Behandlung zu vierteljährlichen Nachuntersuchungen wiederbestellt, und es machte der Klinik besondere Freude, wenn bei diesen Kontrolluntersuchungen der Mund in tadellosem Zustande gefunden wurde...

Die oben angegebene Statistik zeigt die starke Inanspruchnahme und andere Zeugnisse die große Bedeutung der Schulzahnklinik. Viel ist bereits erreicht, aber ein großes Feld ist von der Schulzahnklinik noch zu bearbeiten...

richtungen ausgeführt wurden. Die orthodontische Behandlung trägt zur Verbesserung des Kauvermögens, der Sprache, des Aussehens und zur längeren Erhaltung der Zähne bei...

Die Bestätigung der neugewählten Bezirksstadträte

Der Oberpräsident hat eine Reihe von Neuwahlen für die Ämter von besoldeten Bezirksstadträten, die infolge der Nichtbestätigung der ursprünglich Gewählten notwendig geworden waren...

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Die Funktionärskonferenz findet am Donnerstag, den 21. April abends 7 Uhr in den Pharnosalen, Müllerstr. 142, statt...

Präkommission. Heute Sitzung pünktlich 6 1/2 Uhr, Breite Straße 8-9. Kein Distrikt darf fehlen.

Die bisherigen Zeitungsmeldungen über die Gestaltung der künftigen Vororttarife sind verfehlt. Die endgültige Entscheidung über die Höhe der Tarife wird erst in den nächsten Tagen erfolgen...

Die Friedhofgebühren in Groß-Berlin sind neu festgelegt und natürlich erheblich erhöht worden. Auch der Magistrat Berlin hat eine Neuauflage beschlossen...

3. Verwaltungsbezirk. Heute abend Bezirksversammlung, Wahl der unbesoldeten Stadträte. Unsere Fraktion muß vollständig zugegen sein.

Deut-Broschüre. Die erste und zweite Auflage der Schrift sind vergriffen. Die dritte Auflage wird voraussichtlich Montag, den 25. für die Organisationen zur Ausgabe gelangen...

Hausbesitz und Tuberkulose. Ueber dieses zeitgemäße Thema findet am Mittwoch, den 20. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Real-Gymnasiums, Löhnowstr. 84, ein Lichtbildvortrag statt...

Weihenle. In der Generaterversammlung am 18. April im Real-Gymnasium, Waldpromenade, ist einer arbeitslosen Genossin ein guter Damenschirm mit dunkler Krone und Bezug abhandelt gekommen...

Schwere Unfälle. Der 14jährige Walter Ralsche wurde gestern Morgen in der Eldenaer Straße von einem Auto überfahren. Auf der Rettungswache in der Markthauer Straße stellte der Arzt schwere Quetschungen des Rückgrats und beider Beine fest...

zwei Bogen Papier in das Zimmer schmuggeln“, sagte sie. Der eine muß zerrissen und in den Papierkorb geworfen werden. Er soll einen Brief vorstellen, in dem eine Verleumdung besprochen wird...

Peter dachte noch und erinnerte sich schließlich, daß sich im Bücherstank etliche Bücher befanden, die ein Geschenk von Mc Cormick waren, und in denen sein Name stand. „Das ist prächtig!“ rief Nell. „Wir werden den Plan in einem dieser Bücher verstecken, wenn die Polizei Hausdurchsuchung hält, muß sie ihn finden.“

Peters Knie zitterten derart, daß er kaum zu gehen vermochte, doch ermahnte er sich unentwegt, sprach zu sich, er ist ein „männlicher“ Mann, ein hundertprozentiger Amerikaner, und in diesen Krisenzeiten müsse jeder Patriot seine Pflicht erfüllen...

Er verstaute die Tasche in der einen Ecke des großen Sessels, bedeckte sie mit Fegen und einem großen Stück Segeltuch. Dann zerriff er den mit der Maschine geschriebenen Brief, warf ihn in den Papierkorb...

„Alles für mein Land“, flüsterte er bei sich. (Fortsetzung folgt.)

Es war, als sei Joe Engel vorherbestimmt, Peters Absichten zu dienen. „Wir brauchen Männer“, sagte er, „die bereit sind, ebenso hart für sich selbst zu kämpfen, wie sie für die Kapitalisten kämpfen.“

„Ja“, stimmte Henderson grimmig zu. „Wir sind ja alle so bran, warten, bis unsere Herren uns das Töten erlauben.“

Damit endete die Debatte, doch war Peter keineswegs unbefriedigt. Er wartete den günstigen Augenblick ab, stellte dann unbemerkt seine Zettel in die Taschen von Joe Engel, Jerry Rudd, Henderson und Gus. Dann verließ er, bebend vor Aufregung, das Lokal. Die große Bombenverschwörung war eingeleitet. Man muß sich dieser Leute entledigen! flüsterte er bei sich selbst. Muß sich ihrer unbedingt entledigen. Ich tue bloß meine Pflicht.

Peter hatte mit Nell verabredet, um elf Uhr nachts an einer Straßenecke zusammenzutreffen; als sie aus einer Tram stieg, sah er, daß sie eine Keiltasche in der Hand trug. „Alles gut gegangen?“ fragte sie, und als er bejahte, fügte sie hinzu: „Da ist deine Bombe.“

Peter riß den Mund auf. Er sah so erschrocken aus, daß sie ihn eilends beruhigte. Es werde nichts explodieren, die Tasche enthalte bloß die nötigen Bestandteile einer Bombe, drei Dynamitstäbe, etliche Zünder und Uhrenbestandteile. Das Dynamit war sorgfältig verpackt, konnte nicht losgehen — falls er die Tasche nicht fallen ließ. Doch war Peter noch nicht getrübt. Er hatte nicht geahnt, daß Nell soweit gehen werde, daß er Dynamit werde handhaben müssen. Er fragte sich, wo sie das Dynamit wohl her habe und wünschte aus ganzer Seele, er könnte von dem Ganzen loskommen.

Doch war es hierzu schon zu spät. Nell sprach: „Du mußt diese Tasche ins Hauptquartier bringen, und zwar so, daß dies niemand bemerkt. Der Saal wird bald versperrt werden.“

„Wir versperrten die Tür, da wir fortgingen.“

„Wer hat den Schlüssel?“

„Grady, der Sekretär.“

„Kannst du nicht in das Zimmer gelangen?“

„Doch“, erwiderte Peter eisrig. „Neben der Feuerleiter, das Fenster schließt nicht fest. Wir sind schon öfter so hineingekommen, wenn die Tür versperrt war.“

„Gut. Wir werden noch etwas warten, dürfen nicht riskieren, daß noch jemand ins Hauptquartier zurückkommt.“

Sie wanderten die Straße entlang; Nell trug die Tasche, da sie Peters Nerven nicht traute. „Wir müssen auch noch“



